

PRESSEMELDUNG

17/2009

Rettungsmilliarden für Entwicklungsländer UN-Konferenz zur Finanzkrise muss Zeichen setzen

Bonn, 22.06.2009 – Nicht nur Banken und Unternehmen dürfen von staatlichen Finanzspritzen profitieren, sondern auch die Menschen in Entwicklungsländern müssen angemessen beteiligt werden. Dies ist eine der Forderungen, die der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) anlässlich der UN-Konferenz zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in New York gestellt hat. Zudem sei es notwendig, neue Finanzierungsinstrumente für Entwicklung einzurichten.

„Sicher haben die G20-Staaten ihre Rettungs- und Konjunkturprogramme für die New Yorker Konferenz schon geschnürt. Wir befürchten nur, dass die Armen in den Entwicklungsländern wiederum eine untergeordnete Rolle spielen – und das obwohl sie von der Finanz- und Wirtschaftskrise am härtesten getroffen sind“, erklärt VENRO-Vorstandsvorsitzende Claudia Warning. „Wenn die G20-Staaten die armen Länder wieder außen vor lassen, dann wird die Konferenz scheitern.“ Vom 24. bis 26. Juni findet die UN-Konferenz zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise in New York statt.

Nach jüngsten Angaben der Vereinten Nationen haben mehr als eine Milliarde Menschen täglich nicht ausreichend zu essen. Die Welthungerhilfe spricht von einem drohenden „Hungerjahrhundert“. Damit rückt die Erreichung der globalen Entwicklungsziele, wie die Halbierung von absoluter Armut und Hunger bis zum Jahr 2015, in weite Ferne. „Die G20-Staaten stehen in der Pflicht, ihre Versprechen umgehend zu realisieren. Dies erfordert auch verbindliche Zeit- und Aktionspläne sowie ein transparentes und partizipatives Handeln der internationalen Finanzinstitutionen“, so Warning.

Der Verband fordert auch neue Entschuldungsmaßnahmen für die betroffenen Länder sowie ein internationales Insolvenzverfahren für überschuldete Staaten. Um Steuer- und Kapitalflucht aus Entwicklungsländern wirksam zu unterbinden, müssten Steueroasen trocken gelegt und Steuerflucht durch bessere internationale Information und Koordination entgegengewirkt werden. Ein deutliches Signal der UN-Konferenz wäre VENRO zufolge die mittelfristige Einrichtung einer internationalen Steuerorganisation unter dem Dach der UN.

„Es ist eine Reform der UN erforderlich, die allen 192-Staaten ein gleichberechtigtes Mitspracherecht einräumt. Nur so kann die Krise wirklich überwunden werden“, betont Warning. Deshalb unterstütze VENRO auch die Einrichtung eines UN-Rats für wirtschaftliche und soziale Fragen und die Verabschiedung einer UN-Charta für nachhaltiges Wirtschaften.

Presseanfragen und Kontakt:

VENRO e.V.

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Kirsten Prestin

Kaiserstr. 201

53113 Bonn

Tel.: 0228 - 946 77-14, (0)152 - 086 409 95

Fax: 0228 - 946 77-99

E-Mail: k.prestin@venro.org

<http://www.venro.org>

VENRO e. V. ist der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (NRO). Ihm gehören rund 120 deutsche NRO an, die in der privaten oder kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Nothilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit tätig sind.